

Pressemitteilung

Hilden, 14. September 2018

Dieter Donner

Pressekoordinator der **Stopp Bayer-CO-Pipeline** Initiativen
Monheim, Hilden, Langenfeld, Erkrath, Ratingen, Solingen, Düsseldorf

Humboldtstraße 64
40723 Hilden
Telefon (02103) 65030
dietersdonner@arcor.de



**Mehr als 110.000 Menschen und 10 Städte
mit 1,5 Millionen Einwohnern fordern:
Keine Risiko-Leitung durch Wohngebiete**

Offenbarung im Planänderungsbeschluss

Schutz der CO-Pipeline durch zusätzliche Matten unmöglich

In dem letzten von 18 Ordnern zur aktuellen Planänderung wurden wir fündig. Dort wird der TÜV-Gutachter Engel zitiert:

"Die durchgeführten Versuche mit verschiedenen Geo-Grid-Matten haben gezeigt, dass ein umfassender Schutz der Rohrfernleitung vor großen Baggern durch die verwendeten Materialien nicht erreicht werden kann. Ein vollständiger Schutz der Rohrleitung kann nur durch Abdeckung mit Betonplatten oder Stahlgewebe erfolgen, was aber auch die Zugänglichkeit zur Leitung bei Reparaturen erschwert."

Trotzdem sollen nun 20 Tonnen schwere Maschinen Felder, Wälder, Gärten der Anwohner und weitere Strecken über mehr als 60 km durchpflügen oder aufbaggern, um eine weitere Geo-Grid-Matte zu verlegen.

Das Vergiftungsrisiko wird weiter vernachlässigt. So wird im Beschluss ein darauf zielender Einwand in dem Änderungsbeschluss so abgehandelt:

"8.2.3.14. Hinzuziehung eines Toxikologen

Im Erörterungstermin wird danach gefragt, wann bei der Projektierung erstmals ein Toxikologe hinzugezogen worden sei.

Die Einwendung wird zurückgewiesen. Bei TRFL-konformer Planung, Errichtung und Betrieb der Rohrfernleitungsanlage ist sichergestellt, dass Freisetzungen des transportierten Mediums nicht auftreten. Die Hinzuziehung von Toxikologen ist nicht gefordert."

Das Tötungsrisiko soll nicht untersucht und in einem Klageverfahren möglichst nicht verhandelt werden. Wollen Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher und ihr oberster Chef Ministerpräsident Armin Laschet tatsächlich ein solches Unglück mit hunderten oder tausenden Toten verantworten? Oder hoffen sie darauf, sich wie der Oberbürgermeister von Duisburg bei der Love-Parade aus der Verantwortung zu stehlen?

Die Städte entlang der Pipeline müssen nun dafür sorgen, dass ihre Bürgerinnen und Bürger von solchen sinnlosen Aktionen verschont bleiben und nicht diesen Risiken ausgesetzt werden. Jetzt sollten sie Klage gegen den Planänderungsbeschluss einreichen und die neuerlich Fremdnutzung der eigenen Grundstücke untersagen.